

A1 Termine & Orte der Konferenzen bis zur Buko 2029

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

- 1 Der Herbstbundesrat 2028 findet vom 27. - 29. Oktober statt.
- 2 Der Frühjahrsbundesrat 2029 findet vom 16. - 18. März statt.
- 3 Die Bundeskonferenz 2029 findet vom 23. - 27. Mai in der Jugendbildungsstätte
- 4 Haus Altenberg statt.
- 5
- 6 Die Bundesräte finden an zentral gelegenen Orten in Deutschland statt, die gut
- 7 mit dem Fernverkehr erreichbar sind.

A3 Kirche ohne Angst – Macht teilen, Vielfalt leben, Seelsorge stärken.

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Als KjG sehen wir eine unserer Kernaufgaben darin, Anliegen von Kindern,
2 Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufzugreifen und sie zu befähigen, sich in
3 der Kirche zu vertreten.^[1] Wir schaffen Möglichkeiten, Fragen zu stellen und
4 Meinungen zu vertreten. Wir geben Halt und Orientierung und wir begleiten junge
5 Menschen. So ist KjG Kirche.

6 Die KjG teilt den kirchlichen Grundauftrag, Menschen zu unterstützen, gerade
7 diejenigen in Krisensituationen oder mit Fragen und Zweifeln.^[2] Anliegen und
8 Ärgernisse junger Menschen sind Zeichen der Zeit und bedürfen der Reflektion vor
9 dem Evangelium.

10 Als junge Christ*innen erleben wir jedoch, dass es in unserer Kirche auch heute
11 noch eine Kultur der Verurteilung und somit der Angst gibt. Gerade im Kontext
12 der Lebensführung und Sexualmoral gibt es tabuisierte, stigmatisierte und
13 angstbesetzte Themen. Welche Themen eingebracht werden dürfen, ohne verurteilt
14 zu werden oder persönliche oder institutionelle Konsequenzen fürchten zu müssen,
15 ist eingeschränkt. Eine offene Auseinandersetzung, genauso wie eine
16 wertungsfreie Seelsorge, ist dadurch auch innerhalb unserer KjG-Strukturen
17 erschwert.

1. Machtstrukturen abbauen – Partizipation stärken

19 Trotz der vielen wichtigen Bemühungen der letzten Jahre, müssen wir klarstellen,
20 dass missbrauchsanfällige und verletzende Machtstrukturen Teil kirchlicher
21 Normalität sind. Strenghierarchische Machtgefälle, mangelnde Transparenz und
22 fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten für Lai*innen, besonders für junge
23 Menschen, sind nach wie vor ein großes Problem.

2. Tabuisierung und Angstkultur überwinden

25 In der katholischen Kirche gibt es weiterhin Themen, die mit Angst und
26 Tabuisierung belegt sind. Dazu gehören vor allem Fragen der Sexualmoral.

27 Diese Kultur verhindert leider an vielen Orten, dass Menschen dringend
28 gewünschte Seelsorge in Anspruch nehmen, da sie sich in ihren existentiellen
29 Fragen weder verstanden noch ernstgenommen fühlen. Gleichzeitig zeigt die
30 bereits existierende wertvolle Arbeit offener und queersensibler
31 Seelsorger*innen, dass der Bedarf nach einer Pastoral die zuhört definitiv
32 vorhanden ist.

33 **3. Kirche für Menschen, nicht für das kirchliche Lehramt**

34 Die Grundvollzüge der Kirche verlangen von ihr, keinen Menschen abzuweisen, der
35 ihrer Hilfe bedarf. Die katholische Kirche neigt jedoch nach wie vor dazu,
36 Menschen zu maßregeln, zu verurteilen und auszuschließen. Insbesondere in Fragen
37 von Queerness, Scheidung oder Schwangerschaftskonflikten werden Menschen subtil
38 oder explizit verurteilt. Diese Haltung verhindert, dass Kirche als Anlaufstelle
39 für Seelsorge in Frage kommt. Darüber hinaus verhindern veraltete Regeln wie
40 beispielsweise zu Verhütung und safer sex, dass Kirche in anderen ethischen
41 Fragen ernstgenommen wird.

42 **Als KJG fordern wir daher:**

- 43 • **Beschlüsse und angedachte Ideen des Synodalen Weges müssen zügig und**
44 **konsequent umgesetzt werden.** Darüber hinaus ist vor allem an den Themen
45 rund um Macht und Sexualmoral weiter zu arbeiten – in jedem einzelnen
46 Bistum, gemeinsam in der Synodalkonferenz und in der Weltkirche.

- 47 • **Macht ist zu teilen und partizipative Strukturen sind auf allen Ebenen zu**
48 **stärken.** Dazu gehören verbindliche Mitbestimmungsrechte und -strukturen
49 für Lai*innen, insbesondere für junge Menschen, in allen
50 Entscheidungsprozessen. Damit einhergehend müssen autoritäre Führungsstile
51 dringend abgelegt werden. Hierbei wurden in den letzten Jahren viele gute
52 Ansätze geteilter Leitung erprobt. Einige weitere, beispielsweise in
53 Orden, sind seit Jahrhunderten gängige Praxis. Von diesen gilt es zu
54 lernen.

- 55 • **Kirchliche Verantwortungsträger*innen müssen eine Haltung etablieren, die**
56 **unterstützend statt (ver)urteilend ist.** Dass beispielsweise Segensfeiern
57 für gleichgeschlechtliche Paare in vielen Diözesen stillschweigend
58 geduldet werden, ist ein erster Schritt, bei dem nicht stehen geblieben
59 werden darf. Eine solche Duldung bietet weder für Mitarbeiter*innen, noch
60 für Personen, die sich eine Begleitung von kirchlicher Seite erhoffen,
61 sichere Räume. Stattdessen braucht es Unterstützung wie beispielsweise
62 durch Fortbildungsformate für Haupt- und Ehrenamtliche, vor allem in den
63 Themen Machtkritik, Partizipation und den Umgang mit Vielfalt.

- 64
- 65 • **Das kirchliche Arbeitsrecht darf unliebsame, aber demokratische Meinungen**
66 **nicht weiter sanktionieren.** In seiner aktuellen Fassung besteht die
67 Möglichkeit, die freie Äußerung von Meinungen durch Mitarbeitende die
68 außerhalb des erlaubten katholischen Meinungskorridors liegen mit
69 Kündigungen zu sanktionieren. Zudem ist für uns klar, dass die Drohung
70 eventueller Förderungsstreichungen kein Mittel eines freien und offenen
Diskursraumes ist.

 - 71 • **Es braucht ein Ende der Angstkultur auch bei Stellenbesetzungen,** z.B. bei
72 geistlichen Verbandsleitungen, bei Lehrkräften und in der akademischen
73 Theologie. Das Missio-Verfahren für Religionslehrkräfte und das Nihil
74 obstat-Verfahren für Theologieprofessor*innen braucht transparente
75 Richtlinien, die keinen Zusammenhang mit kirchengenehmer Lebensführung
76 haben dürfen. Theologische Forschung, Verkündung und Lehre braucht die
77 Bandbreite der Menschen und des Lebens, um sich weiterzuentwickeln und
78 zukunftsfähig zu sein.

 - 79 • **Die Kirche muss sich auf ihre Kernaufgabe besinnen: Seelsorge und**
80 **Unterstützung.** Statt moralischer Bewertung braucht es Empathie, Zuhören
81 und konkrete Hilfe. Gerade in Kontexten von Seelsorge, Katechese und
82 kirchlicher Bildungsarbeit muss deutlich werden, dass alle Themen offen
83 und ohne Angst vor Sanktionen oder Stigmatisierung besprochen oder
84 kritisch hinterfragt werden können. Hierfür müssen Angebote und Formate
85 ausgebaut und immer wieder mit Teilnehmenden auf ihr Anliegen hin
86 reflektiert werden.

 - 87 • **Ehrenamtliche wie hauptberufliche Mitarbeiter*innen müssen die**
88 **unterstützende Haltung sichtbar machen,** z.B. in geschlechterinklusive
89 Sprache oder mit queerfreundlichen Bannern, mit kostenlosen
90 Verhütungsmitteln in caritativen Einrichtungen oder mit Beratungsangeboten
91 zu Schwangerschaftskonflikten. Nur so können Unterstützung Suchende nach
92 Jahrzehnten der Tabuisierung wissen, dass sie mit ihren Fragen Raum
93 finden.

 - 94 • **Wenn vermeintliche lehramtliche Gewissheiten bereits seit Jahrzehnten**
95 **großes Leid verursachen, muss dieses Lehramt angepasst werden.** Dass dies
96 möglich ist, hat sich historisch mehrfach erwiesen.

97 Die KjG steht für eine Kirche, die Menschen in ihrem Leben unterstützt. Wir
98 rufen alle Verantwortungsträger*innen in der Kirche auf, unsere Forderungen
99 ernst zu nehmen und gemeinsam mit uns an einer Kirche zu arbeiten, die von
100 Zuhören, Offenheit und Barmherzigkeit geprägt ist.

101 [\[1\]](#) Siehe Grundlagen und Ziele

102 [\[2\]](#) Unter anderem siehe Die deutschen Bischöfe: In der Seelsorge schlägt das
103 Herz der Kirche, 2022. Oder Benedikt XVI: Deus Caritas est, 2005.

A4 Psychische Gesundheit stärken

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Psychische Erkrankungen zählen weltweit zu den häufigsten gesundheitlichen
 2 Problemen im Kindes- und Jugendalter. In Deutschland zeigt rund jedes fünfte
 3 Kind bzw. jede*r fünfte Jugendliche psychische Auffälligkeiten, etwa jedes
 4 zwanzigste Kind leidet an einer behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung.
 5 Knapp die Hälfte aller psychischen Störungen beginnt bereits vor dem 18.
 6 Lebensjahr, besonders in der frühen Jugend.

7 Psychische Probleme in jungen Jahren gehen häufig mit erheblichen
 8 Beeinträchtigungen im Alltag einher und können langfristige Folgen haben. Sie
 9 stehen in Zusammenhang mit geringerer Lebenszufriedenheit, eingeschränkten
 10 Bildungs- und Berufschancen sowie gesundheitlichen Risiken im späteren Leben.
 11 Soziale Faktoren wie Armut, familiäre Konflikte oder belastete Eltern-Kind-
 12 Beziehungen beeinflussen das Risiko für psychische Erkrankungen erheblich,
 13 während stabile persönliche, familiäre und soziale Ressourcen eine wichtige
 14 Schutzfunktion darstellen.

15 Das zeigt: Psychische Gesundheit ist nicht nur ein Teilaspekt des Wohlbefindens,
 16 sondern hat Auswirkungen auf ganz verschiedene Lebensbereiche. Diese stehen im
 17 Zusammenhang mit mehreren der durch die UN-Kinderrechtskonvention
 18 festgeschriebenen Rechte von Kindern und Jugendlichen. Psychische Gesundheit ist
 19 ein Kinderrecht. Die Förderung der psychischen Gesundheit und unkomplizierte
 20 Zugänge zu therapeutischer und medizinischer Versorgung, sowie
 21 Unterstützungsangeboten stellen wichtige Voraussetzungen für Teilhabe und
 22 Partizipation in der Gesellschaft dar.

23 Die KjG hat auf der Bundeskonferenz 2025 „Psychische Gesundheit“ zum
 24 Schwerpunktthema des Bundesverbands gewählt. Hieraus leitet sich für uns die
 25 Verantwortung ab, diesem Thema besondere Aufmerksamkeit zu schenken, unsere
 26 Rolle und unseren Wirkungsbereich als Kinder- und Jugendverband, insbesondere in
 27 Bezug auf Resilienz zu reflektieren sowie Forderungen zu formulieren, die wir
 28 nach außen vertreten möchten.

Prävention

30 Um Kinder und Jugendliche wirksam vor psychischen Erkrankungen zu schützen,
31 bedarf es guter Präventionsarbeit. Nachhaltige Präventionsangebote ändern das
32 Wohlbefinden junger Menschen schnell und wirksam. Dazu gehören Aufklärung,
33 Entstigmatisierung und die Förderung von Resilienz und Achtsamkeit.

34 Präventionsangebote, die im Rahmen von Schule stattfinden sind ein wichtiger
35 Ansatz, reichen aber nicht aus. Hier müssen außerschulische Angebote wie die
36 Jugendverbandsarbeit mitgedacht werden:

- 37 • Der peer-to-peer Ansatz ermöglicht Gespräche auf Augenhöhe, die es Kindern
38 und Jugendlichen häufig erst möglich machen, ihre mentale Gesundheit zu
39 thematisieren.
- 40 • Das Fehlen von Leistungsdruck schafft wertfreie Räume, in denen auch
41 Fehler und Unsicherheiten einen Platz haben und angesprochen werden
42 dürfen.

43 In vielen Bereichen arbeiten wir schon präventiv im Bereich der psychischen
44 Gesundheit, ohne es aktiv zu wissen. Dieses Bewusstsein wollen wir auf Orts-,
45 Diözesan- und Bundesebene stärken!

46 Damit das Gelingen kann, müssen verschiedene Aspekte wirksamer Präventionsarbeit
47 berücksichtigt werden:

- 48 • Psychische Erkrankungen sieht man niemandem an. Während ein Husten, ein
49 gebrochenes Bein oder ein blauer Fleck direkt sichtbar ist, lassen sich
50 Depressionen, Angsterkrankung oder andere psychische Erkrankungen nicht
51 vom Gesicht ablesen. Über gezielte Aufklärung über psychische Erkrankungen
52 können Kinder, Jugendliche und ihre Gruppenleitungen dazu befähigt werden,
53 eigene Belastungen besser zu erkennen und zu benennen sowie sensibel und
54 unterstützend in ihrer Peer-Group damit umzugehen.

55
56 **Psychische Erkrankungen sieht man vielen nicht direkt an. Über gezielte**
57 **Aufklärung können Kinder, Jugendliche und Gruppenleitungen dazu befähigt**
58 **werden, eigene Belastungen besser zu erkennen und zu benennen, sowie**
sensibel und unterstützend in ihrer Peer-Group damit umzugehen.

- 59 • Sowohl aus Teilnehmer*innen- als auch Leitungsebene müssen Teilhabechancen
60 erkrankter Personen gewährleistet werden. Nur mit ausreichend
61 Unterstützung und einer offenen, wertschätzenden Gesprächskultur können
62 Menschen mit psychischen Erkrankungen sowohl als Teilnehmer*innen als auch
63 in Leitungsrollen gut mitmachen und ihre Bedürfnisse und Grenzen ehrlich
64

65 ansprechen. Diese Gesprächskultur in unsere Strukturen zu implementieren
66 und zu pflegen, ist der wichtigste Schritt, um Sichtbarkeit und Akzeptanz
für Betroffene herzustellen.

- 67 • Um aufmerksam gegenüber den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen zu sein
68 gilt für alle Veranstaltungen das Verständnis, dass junge Menschen mit
69 ganz individuellen Erfahrungen zu uns kommen. Daher ist immer wieder zu
70 prüfen welche besonderen Maßnahmen für die Teilnahme von Personen mit
71 psychischen Belastungen, Neurodivergenzen oä. notwendig sind.

72 Aber: Junge Ehrenamtliche sind keine Therapeut*innen. Wir können und wollen
73 keine Diagnosen stellen. Trotz aller Bemühungen kann ehrenamtliche Arbeit die
74 schlechte therapeutische Versorgungslage nicht ausgleichen. Deshalb sollen und
75 müssen auch ehrenamtliche Leitungen die Grenzen der eigenen Arbeit erkennen und
76 kommunizieren. Wichtig ist jedoch, Tabus abzubauen, offen über seelische
77 Belastungen zu sprechen und in akuten Krisen handlungsfähig zu bleiben. So kann
78 Jugendverbandsarbeit Teil eines unterstützenden Netzwerks für Kinder,
79 Jugendliche und junge Erwachsene sein. Um dies leisten zu können, braucht es
80 verlässliche Anlaufstellen und Unterstützungsangebote mit langfristig
81 gesicherter Finanzierung, damit Ehrenamtliche in Krisensituationen nicht auf
82 sich allein gestellt bleiben.

83 **Resilienzförderung**

84 Resilienz ist die psychische Widerstandsfähigkeit von Menschen. Sie ist wichtig
85 für eine positive Entwicklung, egal ob Menschen in guten oder widrigen
86 Lebensumständen aufwachsen.

87 Die Jugendverbandsarbeit leistet allein durch ihre grundsätzlichen Prinzipien
88 einen erheblichen Beitrag zur Resilienzförderung:

- 89 • Kinder und Jugendliche lernen ihre Bedürfnisse zu kommunizieren und
90 begeben sich in verschiedensten Situationen in Aushandlungsprozesse
91 zwischen sich selbst und den Gruppen, in denen sie sich bewegen.
- 92 • Junge Menschen übernehmen schon früh Verantwortung im Verband und machen
93 Selbstwirksamkeitserfahrung. In diesem Lernraum ist sowohl für gemeinsame
94 Erfolge als auch für Fehler und Misserfolge Platz.
- 95 • Durch das Prinzip der Freiwilligkeit werden selbstbestimmt Entscheidungen

96 über das eigene Handeln, Interessen und Kapazitäten getroffen. Dabei wird
97 ebenso das Einschätzen der eigenen Ressourcen und das Setzen von Grenzen
98 erlernt.

99 • Ein regelmäßiger Austausch mit anderen und das Teilen von gemeinsamen
100 Erfahrungen ist für das psychische Wohlbefinden enorm wichtig. Das gilt
101 sowohl für soziale Kontakte, die im Verband gepflegt werden, als auch das
102 Angebot von geschulten Ansprechpersonen wie den Gruppenleiter*innen, die
103 als Bezugspersonen außerhalb von Familie und Schule zur Verfügung stehen.

104 • Jugendverbandsarbeit schafft niedrigschwellige Sozialräume, die
105 Gemeinschaft, Zugehörigkeit und soziale Teilhabe fördern und Einsamkeit
106 sowie sozialer Isolation entgegenwirken.

107 **Maßnahmen im Verband**

108 Wir wollen dafür Sorge tragen, dass das Thema "Psychische Gesundheit" in unseren
109 Strukturen nachhaltig verankert wird und in allen Bereichen mitgedacht wird.
110 Dies soll durch folgende Projekte umgesetzt werden:

111 • Entwicklung eines Workshopangebots für Gruppenleiter*innen zum Thema
112 "Psychische Erste Hilfe", damit die Leiter*innen Handlungssicherheit im
113 Umgang mit psychisch erkrankten Teilnehmer*innen gewinnen

114 • Aufmerksamkeit schaffen durch Beiträge und Kampagnen in den sozialen
115 Medien

116 • Schaffen von Austauschräumen bei Veranstaltungen der Bundesebene,
117 insbesondere zum Thema "Belastung im Ehrenamt", um Erfahrungen teilen und
118 sich gegenseitig unterstützen zu können

119 • Bereitstellen von Informationsmaterialien im Themenbereich psychische
120 Gesundheit für Diözesen und Ortsgruppen, die praxisnah sind und konkrete
121 Hilfestellung bieten

122 • Weiterentwicklung von Awarenessskonzepten und das zur Verfügung stellen der
123 Konzepte und den damit verbundenen Schulungen für Diözesan- und
124 Ortsverbände

125 • Das Thema "Psychische Gesundheit" soll im BDKJ platziert werden. Darüber
126 hinaus soll eine Vernetzung mit weiteren Akteur*innen angestrebt werden
127 und zu diesem Zweck geprüft, ob ein bundesweites Netzwerk zum Thema
128 psychische Gesundheit im DBJR initiiert werden kann. Dieses Netzwerk soll
129 dem Austausch dienen, gemeinsame Positionen entwickeln und das Thema
130 langfristig politisch stark machen.

131 • Aktive Beteiligung in der Arbeitsgruppe Youth Wellbeing der FIMCAP und
132 Weitergabe der Arbeitsergebnisse

133 **Forderungen**

134 • Wir fordern das BMBFSFJ auf, die angekündigte Strategie „Mentale
135 Gesundheit junger Menschen“ endlich vorzustellen und mit Fachverbänden
136 dazu ins Gespräch zu gehen.

137 • Wir machen deutlich, dass Jugendverbandsarbeit einen erheblichen Beitrag
138 zur ganzheitlichen Entwicklung junger Menschen leistet. Damit stellt sie
139 einen Resilienzfaktor und damit eine Stärkung psychischer Gesundheit dar.
140 Die präventive und unterstützende Wirkung kann nur entfaltet werden, wenn
141 jugendverbandliche Strukturen finanziell abgesichert werden und die
142 Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement verbessert, sowie
143 ausreichend Freiräume für junge Menschen neben Schule und Ausbildung
144 gewährleistet.

145 • Die Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen müssen gestärkt
146 und die Einhaltung ihrer Rechte durch die Verankerung der UN-
147 Kinderrechtskonvention im Grundgesetz abgesichert werden.

A5 Sexuelle Bildung - Unsere Haltung. Unsere Verantwortung.

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Die KJG versteht sich als Raum, in dem junge Menschen Orientierung finden
2 können, selbstbestimmt Entscheidungen treffen und so Verantwortung für sich
3 selbst und andere übernehmen. Dabei sind Fragen von Sexualität, Identität und
4 Beziehung relevante Themen in der Lebensrealität von Kindern, Jugendlichen und
5 jungen Erwachsenen. Deshalb ist Sexuelle Bildung ein fester Bestandteil unserer
6 pädagogischen und gesellschaftspolitischen Haltung.

7 Sexuelle Bildung ist ein grundlegender Bestandteil einer ganzheitlichen Bildung
8 und trägt wesentlich zur Entwicklung von Selbstbewusstsein, Respekt und
9 Verantwortungsfähigkeit bei. In einer vielfältigen Gesellschaft ist es
10 notwendig, Räume für offene Gespräche zu schaffen und Wissen zugänglich zu
11 machen.

12 Als katholischer Verband leiten wir unser Handeln aus dem christlichen
13 Menschenbild ab: Jeder Mensch ist in seiner Würde einzigartig und von Gott+
14 gewollt. Eine zeitgemäße Sexuelle Bildung steht für uns nicht im Widerspruch zu
15 unserem Glauben, sondern ist Ausdruck von Verantwortung und Nächstenliebe.

16 Dieses Themenfeld soll aktiv gestärkt, weiterentwickelt und sichtbar gemacht
17 werden. Dazu gehört insbesondere:

18 1. **Bildungsarbeit stärken:** Die sexualpädagogische Arbeitshilfe "Erste
19 Allgemeine Verunsicherung" der KJG wird durch eine Arbeitsgruppe nach
20 aktuellen fachlichen Standards überarbeitet und durch weitere Methoden und
21 Inhalte ergänzt. Insbesondere soll hier die Auseinandersetzung mit dem
22 Antrag "Mein Körper. Meine Entscheidung. Unsere Verantwortung." der
23 Bundeskonferenz 2025 als Thema in die Arbeitshilfe mit einfließen. Hier
24 sollen auch Methoden zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung erarbeitet
25 werden, welche die Grundhaltung des sexuellen Konsens "Nur ja heißt ja"
26 verfolgen. Dieses Material wird den Diözesanverbänden und Ortsgruppen
27 digital zur Verfügung gestellt. Vernetzung und Austausch im Themengebiet
28 soll im Rahmen bestehender Veranstaltungsformate und einem Fachtag
29 gefördert werden, um Handlungssicherheit und Fachkompetenz in diesem

30 Bereich zu stärken.

31 2. **Verantwortung übernehmen:** Der Verband setzt sich aktiv für eine
32 umfassende, diskriminierungssensible und zeitgemäße Sexuelle Bildung ein.
33 Auch im Rahmen unserer Präventionsarbeit gegen sexualisierte Gewalt wird
34 Sexuelle Bildung in Konzepten verankert.

35 3. **Stigmata abbauen:** Durch Aufklärung, Reflexion und offene
36 Auseinandersetzung sollen Tabus und Vorurteile rund um Sexualität,
37 Identität und Vielfalt abgebaut werden. Vor allem das queere Netzwerk
38 KJGay und der Sachausschuss Geschlechtergerechtigkeit und -vielfalt stehen
39 dafür zur Verfügung.

40 4. **Qualität sichern:** Die Inhalte und Materialien zur Sexuellen Bildung werden
41 regelmäßig evaluiert und bei Bedarf fachlich aktualisiert, erweitert oder
42 überarbeitet, um aktuellen Standards und den Lebensrealitäten junger
43 Menschen gerecht zu bleiben.

44 Ziel ist es, junge Menschen in ihrer Selbstbestimmung zu fördern, sie in ihrer
45 Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und ihnen Orientierung sowie
46 Sicherheit im Umgang mit eigenen Grenzen und Bedürfnissen zu geben.

A8 Medienkompetenz und Plattformregulierung statt Verbote - Kinder und Jugendliche brauchen sichere digitale Räume!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 **Als Katholische junge Gemeinde (KjG) sprechen wir uns gegen ein pauschales**
 2 **Verbot von Social-Media für Kinder und Jugendliche aus und schließen uns den**
 3 **Positionen des BDKJ-Bundesverbands[1] an.**

4 Die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen werden bei der politischen Debatte
 5 um ein Social-Media-Verbot kaum bis wenig berücksichtigt. Die Realität ist
 6 jedoch, dass Kinder und Jugendliche in einer digitalen Lebenswelt aufwachsen, in
 7 der analoge und digitale Räume nicht mehr voneinander zu trennen sind. Auch eine
 8 Befragung des Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) unter jugendlichen
 9 Internet-Nutzer*innen kommt zu dem Ergebnis, dass ein generelles Social-Media-
 10 Verbot für unter 16-Jährige zu kurz greift und Probleme mit Blick auf
 11 Jugendschutz nicht löst[2]. Dabei sehen wir, dass soziale Medien durch ihre
 12 strukturellen Eigenschaften digitale Räume schaffen, in denen problematische
 13 Inhalte besonders sichtbar werden und sich Desinformation, Hassrede sowie Gewalt
 14 leichter verbreiten können. Dadurch entstehen Gefährdungsräume, in denen
 15 Täter:innen Gewalt an Kindern und Jugendlichen einfacher ausüben können [3].
 16 Darüber hinaus steht intensive und unreflektierte Social-Media-Nutzung in
 17 Zusammenhang mit psychischen Belastungen wie erhöhtem Stress, Angststörungen,
 18 Depressionen oder einem verminderten Selbstwertgefühl [4]. Es ist jedoch nicht
 19 die bloße Nutzung sozialer Medien allein ausschlaggebend [5]. Entscheidend sind
 20 vielmehr die konkreten problematischen Plattforndesigns wie Dark Patterns oder
 21 sogenannte Addictive Designs die gezielt auf lange Nutzungszeit und
 22 wiederkehrende Interaktionen ausgelegt sind. Die Debatte sollte daher nicht
 23 ausschließlich zwischen Verbot und uneingeschränkter Nutzung geführt werden.

24 Maßnahmen wie Alterskontrollen, die für die Umsetzung eines Social-Media-Verbots
 25 notwendig wären, würden darüber hinaus tief in die Privatsphäre eingreifen, da
 26 dafür private Kommunikation überwacht und sensible Daten erhoben werden müssten.
 27 Dies löst nicht die strukturellen Probleme der Plattformen. Um den Schutz von
 28 Nutzer*innen zu verbessern, braucht es eine altersübergreifende Medienkompetenz
 29 und Medienbildung, die bereits im Kindesalter beginnt. Gleichzeitig braucht es
 30 deutlich stärkeren politischen Druck auf die Social-Media-Unternehmen, damit
 31

32 diese ihre Produkte sicherer gestalten und ihrer Verantwortung gegenüber jungen
33 Nutzer*innen nachkommen.

34 Kinder und Jugendliche haben nicht nur ein Recht auf Schutz, sondern auch ein
35 Recht auf Teilhabe. Und dieses Recht gilt ausdrücklich auch in digitalen
36 Räumen[6]. Junge Menschen brauchen sichere Orte, in denen sie sich informieren,
37 austauschen, beraten und vernetzen können. Die Trendstudie "Jugend in
38 Deutschland 2026" macht deutlich, wie stark junge Menschen von
39 gesellschaftlichen Belastungen betroffen sind[7]. Gerade deshalb brauchen junge
40 Menschen keine Verbote, sondern digitale Räume, die ihnen Teilhabe, Austausch
und Unterstützung ermöglichen.

41 Was wir von der Politik erwarten:

- 42 • Keine pauschalen Verbote: Kinder und Jugendliche brauchen sichere digitale
43 Räume, um sich informieren, austauschen und entwickeln zu können.
44 Pauschale Social-Media-Verbote greifen zu kurz, weil sie weder Risiken
45 wirksam reduzieren noch Teilhabe ermöglichen.
- 46 • Verantwortung von Social-Media-Plattformen: Die Politik muss Social-Media-
47 Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen, damit diese ihre
48 Plattformen sicherer gestalten. Geltende Regelungen wie der Digital
49 Services Act[8] müssen konsequent umgesetzt werden. Ohne politischen Druck
50 werden Plattformen ihrer Verantwortung gegenüber jungen Nutzer*innen nicht
51 gerecht. Außerdem müssen Meldemöglichkeiten für problematische oder
52 strafbare Inhalte niedrigschwellig bekannt gemacht werden und personelle
53 Ressourcen in der Strafverfolgung gestärkt werden, damit Verstöße
54 konsequent verfolgt werden können.
- 55 • Verbot von Dark Patterns und Addictive Designs: Wir setzen uns für ein
56 Verbot von Plattformdesigns ein, die Nutzer*innen manipulieren und
57 suchtartiges Nutzungsverhalten fördern.
- 58 • Stärkung von Medienkompetenz und Medienbildung: Medienkompetenz und
59 Medienbildung müssen systematisch gestärkt werden, damit Kinder und
60 Jugendliche Räume selbstbestimmt nutzen können. Dazu braucht es
61 altersgerechte Angebote, die Themen wie Missbrauch von personenbezogenen
62 Daten, Falschinformationen, digitale Risiken und psychische Belastungen
63 ebenso berücksichtigen wie Teilhabemöglichkeiten.
- 64 • Stärkung von Erziehungsberechtigten und Bildungseinrichtungen:
65 Erziehungsberechtigten kommt eine große Verantwortung in der Medienbildung
66 zu. Vielfach wird die Basis für Regeln und Umgang mit Medien in der
67 Erziehung im häuslichen Umfeld gelegt. Hierfür braucht es Maßnahmen, die
68

69 Erziehungsberechtigte befähigen und unterstützen diese Verantwortung
70 wahrzunehmen. Darüber hinaus muss sowohl schulische als auch
71 außerschulische Bildung darauf ausgerichtet werden, jungen Menschen zu
einem sicheren Umgang mit sozialen Netzwerken zu befähigen.

72 • Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: Kinder und Jugendliche müssen in
73 die politische Debatte über Social Media einbezogen werden. Ihre
74 Perspektiven, Erfahrungen und Bedarfe sind unverzichtbar, um wirksame und
75 lebensnahe Lösungen zu schaffen. Bei der Entwicklung und Ausarbeitung
76 müssen Kinder und Jugendliche beteiligt werden, da sie Expert*innen ihrer
77 eigenen digitalen Lebenswelt sind. Dabei ist es wichtig, jungen Menschen
78 nicht pauschal fehlendes Wissen zuzuschreiben. Solche Zuschreibungen
79 entwerten ihre Perspektiven und verhindern echte Beteiligung.

80 Wozu wir uns als KjG verpflichten:

81 • Einbringen der Position in Politik, Kirche und Gesellschaft: Der KjG-
82 Bundesverband bringt diese Position aktiv in Diskurse ein. Wir nutzen
83 unsere Strukturen, Netzwerke und Gremien, um die Perspektiven von Kindern
84 und Jugendlichen sichtbar zu machen und uns klar gegen pauschale Verbote,
85 sowie für sichere digitale Räume einzusetzen.

86 • Berücksichtigung im Schwerpunktthema „psychische Gesundheit“: Das Thema
87 digitale Lebenswelten wird in der Bearbeitung des Schwerpunktthemas
88 „psychische Gesundheit“ konsequent mitgedacht. Wir berücksichtigen dabei
89 sowohl die Chancen digitaler Räume als auch die Belastungen, die junge
90 Menschen erleben.

91 • Die KjG Bundesebene erarbeitet eine Handreichung, die für die KjG-Arbeit
92 vor Ort Orientierung
93 im Umgang mit Smartphones und Social-Media während Aktionen und Freizeiten
94 bietet. Dabei sollen Perspektiven von Kindern und Jugendlichen, Best-
95 Practice-Beispiele aus der verbandlichen Praxis und Methoden zur
96 partizipativen Gestaltung von Regeln berücksichtigt werden.

97 • Kritische Auseinandersetzung mit der eigenen verbandlichen Nutzung: Die
98 KjG-Bundesebene reflektiert kritisch unsere eigene verbandliche Social-
99 Media-Nutzung und unseren eigenen Internetauftritt. Dabei stellen wir uns
100 Fragen nach Sinnhaftigkeit, Vorbildfunktion und Verantwortung: Welche
101 Inhalte wollen wir teilen? Wie gehen wir mit Fotos von Kindern und
102 Jugendlichen um? Wie können wir unsere eigene Nutzung sicherer und
103 bewusster gestalten? Welche Social-Media-Plattformen wollen wir nutzen?
104 Die Ergebnisse aus dieser Auseinandersetzung werden aktiv mit den unteren
105 Ebenen geteilt.

106 [\[1\]https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bdkj/gremien/hauptversammlung/hv2026/Besch-](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bdkj/gremien/hauptversammlung/hv2026/Beschluesse/B4_Kein_Social_Media_Verbot_Sichere_digitale_Teilhabe_fuer_junge_Menschen.pdf)
107 [luesse/B4 Kein Social Media Verbot Sichere digitale Teilhabe fuer junge Mensche-](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bdkj/gremien/hauptversammlung/hv2026/Beschluesse/B4_Kein_Social_Media_Verbot_Sichere_digitale_Teilhabe_fuer_junge_Menschen.pdf)
108 [n..pdf; https://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/sichere-raeume-gerechte-teilhabe-](https://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/sichere-raeume-gerechte-teilhabe-bdkj-fordert-klare-regeln-fuer-soziale-netzwerke)
109 [bdkj-fordert-klare-regeln-fuer-soziale-netzwerke](https://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/sichere-raeume-gerechte-teilhabe-bdkj-fordert-klare-regeln-fuer-soziale-netzwerke)

110 [\[2\]https://awo.org/pressemeldung/kein-social-media-verbot-jugendliche-fordern-](https://awo.org/pressemeldung/kein-social-media-verbot-jugendliche-fordern-klare-regeln/)
111 [klare-regeln/](https://awo.org/pressemeldung/kein-social-media-verbot-jugendliche-fordern-klare-regeln/)

112 [\[3\]https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisiert-](https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisiert-e-de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisierte-gewalt-und-hassinhalte-gefaehrdungen-fuer-kinder-und-jugendliche-im-netz-nehmen-zu-265090?utm_source=copilot.com)
113 [e-de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisierte-gewalt-und-hassinhalte-](https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisierte-gewalt-und-hassinhalte-gefaehrdungen-fuer-kinder-und-jugendliche-im-netz-nehmen-zu-265090?utm_source=copilot.com)
114 [gefaehrdungen-fuer-kinder-und-jugendliche-im-netz-nehmen-zu-](https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisierte-gewalt-und-hassinhalte-gefaehrdungen-fuer-kinder-und-jugendliche-im-netz-nehmen-zu-265090?utm_source=copilot.com)
115 [265090?utm_source=copilot.com](https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisierte-gewalt-und-hassinhalte-gefaehrdungen-fuer-kinder-und-jugendliche-im-netz-nehmen-zu-265090?utm_source=copilot.com)

116 [4] Naslund, J.A., Bondre, A., Torous, J. et al. Social Media and Mental Health:
117 Benefits, Risks, and Opportunities for Research and Practice. J. technol. behav.
118 sci. 5, 245–257 (2020). <https://doi.org/10.1007/s41347-020-00134-x>

119 [5] Avci, H., Baams, L. & Kretschmer, T. A Systematic Review of Social Media Use
120 and Adolescent Identity Development. Adolescent Res Rev 10, 219–236 (2025).
121 <https://doi.org/10.1007/s40894-024-00251-1>

122 [\[6\]Allgemeine Bemerkung 25 zur UN-Kinderrechtskonvention](#)

123 [\[7\]https://cdn.prod.website-](https://cdn.prod.website-files.com/6729ed5c5e23342c69e72a11/69c0fc91e3d6c3e8d81a2c0c_PRESSEMITTEILUNG%20Trendstudie%20Jugend%20in%20Deutschland%202026.pdf)
124 [files.com/6729ed5c5e23342c69e72a11/69c0fc91e3d6c3e8d81a2c0c_PRESSEMITTEILUNG%20T-](https://cdn.prod.website-files.com/6729ed5c5e23342c69e72a11/69c0fc91e3d6c3e8d81a2c0c_PRESSEMITTEILUNG%20Trendstudie%20Jugend%20in%20Deutschland%202026.pdf)
125 [rendstudie%20Jugend%20in%20Deutschland%202026.pdf](https://cdn.prod.website-files.com/6729ed5c5e23342c69e72a11/69c0fc91e3d6c3e8d81a2c0c_PRESSEMITTEILUNG%20Trendstudie%20Jugend%20in%20Deutschland%202026.pdf)

126 [\[8\]https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/digital-services-act](https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/digital-services-act)